

VORWÄRTS BERLIN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BERLIN

BERLIN AKTUELL

Intensive Aufklärung über Scientology gefordert

Nach der Eröffnung der Deutschlandzentrale von Scientology in Berlin fordert die SPD-Fraktion eine "intensive Aufklärungsarbeit" an Schulen, in Jugendzentren und Kitas. Scientology versuche mit seiner gezielten Strategie "junge Menschen zu schnappen und zu gewinnen", warnte Sandra Scheeres. Allerdings, so betonte der verfassungsschutzpolitische Sprecher Tom Schreiber, sei der Einfluss von Scientology auf die Politik und Wirtschaft in Deutschland relativ gering. Panikmache sei daher nicht angebracht. In Berlin zähle die Sekte nur etwa 200 Mitglieder, so Schreiber.

Momper erinnerte an die Opfer des Stalinismus

Bei der Einweihung eines Gedenksteines für die Opfer des Stalinismus in der Gedenkstätte Friedrichsfelde hat Walter Momper, Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, davor gewarnt, die „Verirrungen und Unmenschlichkeiten“ des Sozialismus in Deutschland aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwinden zu lassen.

Sven Schulz: Berliner Hochschulen benachteiligt?



Freude bei der Humboldt-Universität und der Freien Universität: Sie haben die nächste Runde bei der Exzellenzinitiative zur Förderung von Hochschulen erreicht. Dennoch hat der SPD-Bundestagsabgeordnete Sven Schulz die Sorge, dass Berlins Universitäten benachteiligt werden könnten. Anlass ist eine Antwort

der Bundesregierung auf eine Anfrage von Schulz. Danach sei die gesicherte finanzielle Basis der antragstellenden Hochschulen ein „sachgerechtes Kriterium“ für die Entscheidung. Sven Schulz: „Mit anderen Worten: Spekulationen über angebliche Risiken der künftigen finanziellen Ausstattung können bei der Endrunde im Oktober zum K.O. eines Antrages aus Berlin führen, obwohl der geforderte Länderanteil gesichert ist, obwohl Berlin erklärtermaßen und vom Bundesverfassungsgericht attestiert einen Schwerpunkt auf Forschung setzt und obwohl die Gutachter in dem Wettbewerb nicht über hellseherische Fähigkeiten über die politische und finanzielle Entwicklung verfügen.“ Schulz will das im Bundestag thematisieren: „Ein Wettbewerb, in dem Hochschulen aus Berlin oder anderen Bundesländern keine echten Chancen haben, darf nicht fortgesetzt werden.“

RECHTSBEWUSSTSEIN STÄRKEN!

Im Vorwärts-Interview: Berlins Justizsenatorin Gisela von der Aue

Berlins neue Justizsenatorin Gisela von der Aue will das Rechtsbewusstsein vor allem bei Jugendlichen stärken. Im vorwärts-Interview spricht sie sich zudem für ein gut vorbereitetes NPD-Verbotsverfahren aus.

Gut zwei Monate Amtszeit liegen hinter Ihnen. Wie sind die ersten Eindrücke? Wie fit ist die Berliner Justizverwaltung, wie entscheidungsfreudig sind die Gerichte, wie überlastet ist der Berliner Strafvollzug?

Meine ersten Eindrücke sind sehr gut. Mittlerweile konnte ich die Senatsverwaltung für Justiz umfassend kennenlernen und habe bereits mehrere Gerichte und Einrichtungen besucht. Bei diesen Besuchen habe ich mir einen Überblick über die Schwerpunkte, Arbeitstechniken und auch Probleme an den Standorten verschafft und kann nur sagen, dass ich beeindruckt bin von dem offenen Empfang und den motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Entscheidungsfreude der Richterinnen und Richter ist groß, aber natürlich ist in bestimmten Bereichen auch die Anzahl der Verfahren sehr hoch. Die Berliner Vollzugsanstalten sind überbelegt. Durch verschiedene Maßnahmen können wir zwar dem Problem der Überbelegung vorübergehend zumindest teilweise entgegenwirken; auch einige Baumaßnahmen werden nach ihrer Vollendung zu einer Entspannung führen. Auf Dauer wird aber nur der mittlerweile beschlossene Neubau einer Anstalt des geschlossenen Männervollzugs bei Großbeeren eine Entlastung bringen können. Im übrigen ist der auf die Resozialisierung der Strafgefangenen ausgerichtete Berliner Vollzug keineswegs schlecht, wie oft in der Öffentlichkeit behauptet. Ganz im Gegenteil: Trotz Überbelegung und Personalabbaus haben es die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vermocht, den hohen Standard durch ihr



Berlins Justizsenatorin Gisela von der Aue.

Engagement nicht nur zu halten, sondern in Teilen weiter zu verbessern. Es ist mir ein Anliegen, Ihnen dafür an dieser Stelle zu danken. Es ist eine Leistung, mit diesem hohen Einsatz kontinuierlich zu arbeiten, wenn es an Anerkennung in der Öffentlichkeit fehlt.

Bleiben wir beim Strafvollzug: Der hatte im vergangenen Jahr auch durch die Flucht von Häftlingen für Negativschlagzeilen gesorgt. Wie wollen Sie hier für Abhilfe sorgen?

Ich habe mir die Akten zu den von Ihnen angesprochenen Vorkommnissen des letzten Jahres alle einzeln angeschaut und habe festgestellt, dass kein Fall vergleichbar war, sodass von einer unglücklichen Häufung sehr unterschiedlicher Missbrauchsfälle auszugehen ist. Wir sind im regelmäßigen Austausch mit den Vollzugsanstalten, um die Vorkehrungen zur Verhinderung noch weiter zu verbessern.

Fortsetzung Seite II